

## **23.06.2019 Pressemitteilung des Niederrheinappells zum Thema Abgrabungskonferenzen**

Am Donnerstag 13.06.2019 trafen sich die Vertreter der mittlerweile 18 Bürgerinitiativen des Aktionsbündnisses „Niederrheinappell“, sowie Vertreter der dazugehörigen Naturschutzverbände NABU, BUND, sowie des VSR Gewässerschutzes zu einer Konferenz in der Biologischen Station in Wesel.

Hauptthema des Abends war die Positionierung hinsichtlich des Themas Abgrabungskonferenzen.

„Der Niederrheinappell hat in den vergangenen Monaten viele Gespräche im Landtag geführt, doch die Landtagsabgeordneten Charlotte Quick CDU (Wesel), Günther Bergmann CDU (Kleve), Stephan Haupt FDP (Kleve) signalisierten allesamt, dass sie entgegen der breiten Proteste der Niederrheiner und auch ihrer eigenen Wählerschaft am unteren Niederrhein dennoch für die geplanten Änderungen des LEP stimmen wollen.“, sagt Simone Spiegels von der IG Dachsbruch im Wickratherfeld. Bei der bisherigen Regelung des 20 Jahres Versorgungszeitraumes erhält die Kiesindustrie nach derzeitigem Abbauteempo von 55 ha/a bei der Regionalplanaufstellung im Bereich des RVR (dazu gehört der Kreis Wesel) insgesamt +/- 1250 ha, das entspricht 12,5 Mio. Quadratmeter und bei einem derzeitigen Verbrauch von 62ha/a im Regierungsbezirk Düsseldorf (dazu gehört der Kreis Kleve) insgesamt +/- 1190 ha, das entspricht 11,9 Mio. Quadratmeter. In beiden Regionen macht die Verlängerung um 5 Jahre jeweils ca. 300 ha aus (3 Mio. qm). Dazu muss man wissen, dass der größte Teil der per Schiff transportierten Kiese und Sande in das äußerst lukrative Exportgeschäft verschwindet und somit dem hiesigen Bedarf überhaupt gar nicht zur Verfügung steht. „Wir gehen davon aus, dass ohne diese immensen Exportanteile letztlich ein erheblich geringerer Teil an Flächen ausgewiesen werden müsste, und es erst gar nicht zu solch hohem Konfliktpotential kommen würde“, so die Mitglieder des Niederrheinappells

Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Tatsache, dass nun auf Landesebene Regelungen geschaffen werden sollen, welche einer weiteren Ausuferung der jetzt schon untragbaren Abgrabungssituation Vorschub leisten, wie z.B. die Aufhebung des Konzentrationszonengebotes, spricht sich der Niederrheinappell gegen eine Teilnahme an den Abgrabungskonferenzen auf Grundlage des jetzigen LEP- Entwurfes aus, welche lediglich nur noch der Umsetzung dieser Verschlechterungen dienen werden.

„Insofern sich die Landtagsabgeordneten Quick, Vosseler-Deppe, Bergmann und Haupt für eine Neuorientierung hinsichtlich einer Verringerung des Kiesabbaus (Bedarfsregelung, Versorgungszeiträume) und der Beibehaltung des Konzentrationszonengebotes einsetzen und folglich NICHT für diese katastrophalen Änderungen des LEP stimmen werden, ist der Niederrheinappell gerne bereit, sich an weiterführenden Gesprächen zu beteiligen“, so Denise Cleve von den Kiesgegnern Alpen/Millingen

Hierzu ergänzt Melanie Gronau von EDEN e.V.: „Durch die vielen Gespräche in Düsseldorf haben wir sehr deutlich gezeigt, dass wir durchaus redebereit sind und uns äußerst tief in die fachliche Materie, auch mit Unterstützung von Fachleuten eingearbeitet haben. Generell begrüßen wir ein sachliches Dialogformat mit ausgeglichener Stimmbeteiligung und –wertigkeit. Dabei muss man jedoch im Auge behalten, wo der Dialog ansetzen muss. Und das ist für uns derzeit die zuständige Landesebene. Doch wenn CDU und FDP auf Landesebene nun der Kiesindustrie offensichtlich zuarbeiten wollen und dadurch eine Verschlechterung im Umgang mit unserer Heimat bewirken werden, so werden wir uns durch eine angebotene Mitarbeit bei der Umsetzung dieser Verschlechterungen nicht instrumentalisieren lassen“.